

18. Wahlperiode

Antrag

auf Annahme einer Entschließung

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der Fraktion der FDP

Resolution „Antisemitismus“

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin spricht seine uneingeschränkte Solidarität mit den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern Berlins aus. Das Abgeordnetenhaus verurteilt jegliche Art antisemitisch oder antiisraelisch motivierter Diskriminierungen und Gewalt. Die Berlinerinnen und Berliner stehen an der Seite ihrer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Begründung:

Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte obliegt der Berliner Stadtgesellschaft eine herausragende Verantwortung gegenüber unseren Mitbürgern jüdischen Glaubens. Der Terror der Naziherrschaft ist unwiderruflich auch und gerade mit der Stadt Berlin verbunden. Der sich in den letzten Jahren und Monaten ausbreitende Antisemitismus hat mit brennenden Israel-Flaggen und antisemitischen Ausrufen am Brandenburger Tor in den letzten Tagen einen weiteren traurigen Höhepunkt erreicht. Die öffentliche Verbreitung von Hass und der Aufruf zu Gewalt sind nicht durch das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gedeckt. Der Missbrauch demokratischer Grundrechte darf nicht zur Diskriminierung und Verfolgung anderer Minderheiten führen. Nachkriegsdeutschland ist wesentlich von der Aussöhnung und dem besonderen Verhältnis zum Staat Israel und jüdischer Glaubensgemeinschaften geprägt. Gerade deswegen bedarf es eines energischen Widerstandes der Berliner Politik und Stadtgesellschaft, wenn unweit des Holocaust-Mahnmals israelische Flaggen brennen und zu Gewalt gegen Juden aufgerufen wird.

Berlin, 12. Dezember 2017

Saleh Schneider
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Seibeld
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Bluhm U.Wolf
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Die Linke

Kapek Gebel
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Czaja Luthé
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der FDP